



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

01/2017 – 27.01.2017

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

die Arbeit im Deutschen Bundestag zu Beginn des neuen Jahres hat mit zwei aufeinanderfolgenden Sitzungswochen begonnen, in welchen wir uns zunächst mit dem Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember sowie unter anderem mit der Amtseinführung des US-amerikanischen Präsidenten beschäftigt haben.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zur Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichtes 2017 und zur Fortsetzung mehrerer Auslandseinsätze der deutschen Streitkräfte lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Aufarbeitung des Terroranschlags vom 19. Dezember



(© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde)

Wir sind zu Beginn der ersten Sitzungswoche im neuen Jahr 2017 nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen. Am Abend des 19. Dezember des vergangenen Jahres haben auf dem Berliner Breitscheidplatz zwölf Menschen ihr Leben durch einen gewaltsamen Terroranschlag verloren. Wir haben zu Beginn des Plenums in dieser Woche im **Andenken an die Opfer inne gehalten**. Unsere Gedanken sind bei ihnen und ihren Familien.

Das Geschehene muss lückenlos aufgeklärt werden. Es gilt vorurteilsfrei zu klären, wie ein Anschlag durch einen als Gefährder eingestuften Islamisten passieren konnte. Einen ersten Bericht zur Chronologie der Ereignisse hat die Bundesregierung unter Einbeziehung der betroffenen Bundesländer vorgelegt. Wir haben uns in der Koalition darauf verständigt, dass eine Taskforce des Parlamentarischen Kontrollgremiums in einem ersten Schritt im Rahmen seiner Zuständigkeiten die Hintergründe der Tat beleuchtet. Nach Vorlage des Berichts werden wir zeitnah entscheiden, wie sich der Deutsche Bundestag weiter mit der Aufklärung und den notwendigen Konsequenzen befassen wird.

Wir haben in dieser Legislaturperiode bereits eine Menge bei der inneren Sicherheit erreicht, wir haben das Personal bei den Sicherheitsbehörden deutlich aufgestockt und ihre Befugnisse ausgeweitet. Wir sind uns aber in der Koalition einig, weitere Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit auf den Weg zu bringen wie etwa einen weitergehenden Einsatz von Fußfesseln gegen Gefährder. Bundesinnenminister de Maizière hatte bereits im Oktober letzten Jahres konkrete Vorschläge für die Senkung der Hürden bei der Abschiebehaft und eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams vorgelegt, die der Koalitionspartner damals abgelehnt hat. Wir begrüßen, dass nunmehr eine Einigung innerhalb der Koalition erzielt werden konnte.

Wichtig ist es, nicht nur die Konstellation des jüngsten Terroranschlages im Blick zu haben, sondern insgesamt noch besser gegen terroristische Gefahren gewappnet zu sein. Dabei muss auch grundsätzlich über die Sicherheitsarchitektur nachgedacht werden. Mit Blick auf die Kompetenzen in Bund und Ländern darf es keine Denkverbote geben.

USA bleiben wichtigster Verbündeter außerhalb der EU

Die ersten Maßnahmen des neugewählten US-Präsidenten haben gezeigt, dass er seinen Schwerpunkt auf die amerikanische Innenpolitik legen will. Bei seiner außenpolitischen Linie deutet sich an, dass er in manchen Bereichen umsteuern wird. **Wir sollten aufmerksam die weitere Entwicklung verfolgen, aber auch mit selbstbewusster**



(© DBT/Schüring)

Gelassenheit unsere Standpunkte vertreten. Vergessen wir nicht: Der neue amerikanische Präsident ist erst seit wenigen Tagen im Amt. Aber die erste Rede im Amt gibt auch Anlass zur Sorge. Umso wichtiger ist es jetzt, dass wir miteinander sprechen.

Deutschland und die USA verbindet eine lange Freundschaft. Daran werden wir festhalten. Unter Freunden spricht man miteinander und pflegt das Verhältnis zueinander. Auch deshalb wird im Übrigen unser Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder im Februar nach Washington reisen, um mit dem Umfeld des Präsidenten zu sprechen und es genauer kennenzulernen. Mancher auch in den Reihen unseres Koalitionspartners schaut mit seinen Worten zu viel auf den Beifall im Inland – und damit auf den Wahlkampf.

Wir werden darauf dringen, dass das gesamte westliche Bündnis auch weiterhin auf ein regelbasiertes, auf gemeinsamen Werten beruhendes, gemeinsames Handeln setzt. Dies gilt für die Sicherheit wie für die internationale Wirtschafts- und Handelsordnung. Wir sind davon überzeugt, dass das transatlantische Verhältnis einer der Grundpfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik bleiben wird. Seit fast siebzig Jahren haben die Vereinigten Staaten dafür gesorgt, dass zunächst die alte Bundesrepublik und dann das geeinte Deutschland sicher und in Freiheit leben konnten. Wir haben dies nicht vergessen und sind dafür dankbar. Wir wissen aber auch, dass wir unseren Beitrag zur Verteidigung unseres Bündnisses und unserer Werte weiter steigern müssen.

Aktuelles aus dem Plenum



(© BMVI)

Im Plenum wurde in dieser Woche der **Jahreswirtschaftsbericht 2017** der Bundesregierung vorgestellt, der die wirtschaftspolitischen Reformen der Bundesregierung auflistet und ihre aktuelle Projektion zur wirtschaftlichen Entwicklung 2017 enthält. In diesem Jahr erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent, wobei der leichte Rückgang gegenüber 2016 (1,9 Prozent) vor allem auf den Effekt einer geringeren Anzahl von Arbeitstagen in 2017 zurückzuführen ist. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird nach Erwartung der Bundesregierung im Jahresdurchschnitt noch einmal um etwa 50.000 Personen zurückgehen. Der Bericht bestärkt uns darin, unsere erfolgreiche Politik fortzusetzen, um Wohlstand für alle möglich zu machen.

Zudem haben wir die **Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)** verabschiedet. Mit dem Einsatz tragen wir zur Stabilisierung Malis sowie des weiteren Sahel-Raums und Libyens bei. Das Mandat wird bis zum 31. Januar 2018 verlängert und die bisherige Obergrenze auf bis zu 1000 Soldaten erhöht. Die deutsche Beteiligung an der Mission umfasst im Wesentlichen Führung und Führungsunterstützung sowie Sicherung und Schutz.

Ebenso zugestimmt haben wir der **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte**. Durch die Verbesserung der Ausbildung der Peschmerga-Kräfte unterstützen wir aktiv die Stabilisierung der Region und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Seit Beginn des Mandats konnten bereits über 12.000 Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Das Mandat wird bis zum 31. Januar 2018 verlängert, die personelle Obergrenze bleibt unverändert bei 150 Soldaten.

Daten und Fakten

Deutsches Wirtschaftswachstum auf Vierjahreshoch. Die deutsche Wirtschaft ist im vergangenen Jahr mit einem Plus von 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr so stark gewachsen wie zuletzt im Jahr 2011. Damit zeigte sich die konjunkturelle Lage wie schon in der Vergangenheit äußerst solide. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, trugen vor allem die privaten Konsumausgaben mit einem preisbereinigten Zuwachs von 2,0 % zur positiven Entwicklung bei. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen im Vergleich mit + 4,2 % sogar noch stärker an. Als weitere Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums erwies sich die Investitionstätigkeit. Die preisbereinigten Bauinvestitionen legten im Jahr 2016 um 3,1 % zu. Dies führte neben mehr Wohnraum auch zur Belebung des Baugewerbes, das gemeinsam mit allen anderen Wirtschaftsbereichen besonders positiv zur Bruttowertschöpfung beitrug. Die gute konjunkturelle Lage wirkte sich auch erfreulich auf den Arbeitsmarkt aus, wo mit 43,5 Millionen der höchste Stand von Erwerbstätigen seit 1991 gemessen werden konnte.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aufwärtstrend beim Nachwuchs. Die Geburtenrate in Deutschland hat im Jahr 2015 einen neuen Höchststand erreicht. Mit 1,50 Kindern je Frau erreichte die zusammengefasste Geburtenziffer den höchsten Wert seit 33 Jahren. Damit setzt sich die positive Entwicklung bei der Zahl der Neugeborenen seit dem Jahr 2012 fort. Besonders viele Kinder wurden in den ostdeutschen Bundesländern geboren, im Schnitt 1,56 Kinder je Frau. Entsprechend führen Sachsen (1,59), Thüringen (1,56) und Mecklenburg-Vorpommern (1,55) als Spitzengruppe das Länderranking an. Das durchschnittliche Alter der Mütter blieb fast unverändert bei 31 Jahren. Die Mütter der Erstgeborenen waren 2015 durchschnittlich 29 Jahre und 7 Monate alt. Beim zweiten beziehungsweise dritten Kind waren die Mütter knapp 32 beziehungsweise 33 Jahre alt.

(Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Statistisches Bundesamt)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim
Melde
Seite 3 – DBT/Schüring
Seite 4 – BMVI